

Da kann man ^{was} nichts tun!

Zum Umgang mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Jugendalter

DOKUMENTATION

Rostock, 12. Januar 2018

Im Bürgerschaftssaal des Rostocker Rathauses mussten zusätzliche Stühle aufgestellt werden - so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen. 80 Lehrer, Sozialarbeiter, Polizisten und Vertreter anderer Berufe wurden von Moderatorin Angelika Stierner begrüßt.



Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung ist geprägt von zunehmendem Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Deshalb kommt der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen in dieser Zeit ein besonderer Stellenwert zu. Der Fachtag gab Impulse zu wichtigen Fragen, formulierte Handlungserfordernisse und gab Anregungen, die in die tägliche Arbeit einfließen. Die Veranstaltung wurde im Rahmen des präventiven Kinder- und Jugendschutzes durch Monique Bech (Jugendschutz) vom Amt für Jugend, Soziales und Asyl in Kooperation mit Fachakteuren der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und Umgebung initiiert und organisiert. Der Fachtag wurde durch die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Steffen Bockhahn, Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass niemand mit Vorurteilen auf die Welt kommt. „Man fragt sich immer wieder, warum Menschen der Meinung sind, sie müssten sich über andere stellen – nicht nur verbal, sondern auch im Handeln.“ Er klagte manches politische Handeln, aber auch Äußerungen im täglichen Leben an, die andere



Steffen Bockhahn
Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit,
Schule und Sport der Hanse- und
Universitätsstadt Rostock

Menschen herabwürdigen – und unwidersprochen bleiben. Er konstatierte eine deutliche Enthemmung in den vergangenen Jahren, der Wert von Demokratie käme abhanden. Bei etwa zehn Prozent der Rostocker Jugendlichen ist von einem stärker verfestigten rechtsextremen Weltbild auszugehen – schon diese Zahl aus der Lebenswelt- und Sozialraumanalyse von 2014 macht ihm Sorgen. Zugleich nimmt die Bereitschaft ab, sich mit politischen Themen zu befassen und sich einzubringen – „so werden die Herausforderungen für uns größer“, so Bockhahn.

Der Senator betonte, dass Abgrenzung als Methode zur Identitätsfindung nicht dramatisch sei. „Aber eine kurzzeitige Gruppenbildung wird zu oft nicht wieder aufgehoben - so werden fundamentale Werte unserer Gesellschaft nicht akzeptiert.“ Um dieses Thema aufzugreifen, würden

Angebote gebraucht. „Wir müssen vermitteln: Es ist nicht wichtig, sich über andere zu erheben, um sich gut zu fühlen. Wichtiger ist, seinen Platz mit anderen zu finden. Dabei sollten wir nicht nur den Kopf, sondern auch den Bauch ansprechen.“

Demokratie gegen Abwertung

Diktatur, Ausländerfeindlichkeit und übersteigertes Nationalgefühl ja, Demokratie nein – das sind nur einige der Kategorien, an denen sich Rechtsextremismus festmachen lässt. Das kommt nur an den Rändern der Gesellschaft vor? Dieser Ansicht ist Dr. Gudrun Heinrich nicht. Die Wissenschaftlerin vom Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock ist überzeugt, dass solche Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft und auch keineswegs nur bei Jugendlichen vorkommen. Um herauszufinden, wie Leute tatsächlich denken, wurden wissenschaftliche Studien durchgeführt. Deren Zahlen zeigen, dass solche Einstellungen zurückgehen – erstaunlich, meint die Referentin, wenn man erlebt, welche Ansichten im Familienkreis oder an der Supermarktkasse geäußert werden. „Aber vielleicht stimmen einfach die Kategorien nicht mehr, nach denen gefragt wurde“, meinte sie. Inzwischen gibt es in der Forschung den Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, der unter anderem nach Vorurteilsstrukturen schaut, die zusammenhängen. „Man spricht vom Syndrom der Ungleichwertigkeit“, erläuterte Heinrich. „Wer zum Beispiel Langzeitarbeitslose und Asylbewerber abwertet, tut das tendenziell häufiger auch mit Behinderten oder

Obdachlosen – das Individuum wird nicht mehr gesehen. Denn sie leben in dem Gefühl, gesellschaftlich oder finanziell nicht das zu bekommen, was ihnen ihrer Meinung nach zusteht.“



Dr. Gudrun Heinrich
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
der Universität Rostock

Der Rechtspopulismus - der nicht als "kleine Schwester des Rechtsextremismus" gelten darf, verlangt im pädagogischen Kontext andere Handlungsoptionen. Populisten behaupten, die alleinige Stimme des Volkes zu sein und nutzen Gegensätzlichkeiten, etwa „die und wir“, „die da oben – wir hier unten“. In der Regel werden Gewalt und Nationalsozialismus abgelehnt.

Fazit: Antidemokratische Phänomene werden vielfältiger, Symbole uneindeutig, eine Decodierung erschwert. „Das bedeutet, die Jugendarbeit wird schwieriger, aber auch die Arbeit mit Eltern und Lehrern“, resümierte Heinrich. Mancher

Jugendliche habe allein aufgrund seiner Familie keine andere Chance, als rechtsextrem zu werden. Diese politische Sozialisation beginnt etwa im Alter von 12 bis 14 Jahren. Begünstigend wirken kalte Strukturen, starke Vaterfiguren und nicht aufgearbeitete familiäre Brüche. Die Zugehörigkeit zu Peergroups hat zunächst keine politische Dimension. Die Schule spielt in diesem Prozess keine entscheidende Rolle, außer bei negativen Erfahrungen, die begünstigend wirken.

Gegen solche Prozesse helfen Prävention, Integration, Intervention und Repression. „Eine Kultur der Anerkennung in unserer pädagogischen Arbeit hat entscheidenden Charakter“, sagte Heinrich. „Zur Demokratie gehören Pluralismus, Minderheitenschutz und echte Möglichkeiten der Teilnahme.“ Sie sieht diese Arbeit als Bühne, die mit dem Einzelnen, aber auch mit der umgebenden Gruppe stattfindet. Mögliche Fallen sind Konfrontation, Moralisierung oder Opferkonstruktionen, sodass eine Auseinandersetzung mit dem Thema blockiert wird. Wichtig sei eine Differenzierung zwischen politischer und pädagogischer Auseinandersetzung, denn sie haben jeweils unterschiedliche Aufgaben.

Wege gegen Hass und Lügen

Auch die Polizei nutzt neue Möglichkeiten, dem Extremismus zu begegnen. Beim Landeskriminalamt läuft das Projekt „Helden statt Trolle“, das Annika Jacobs vorstellte. Im Mittelpunkt steht die Sensibilisierung gegen Fake News und Hate Speech – „denn beides sind Probleme, denen wir uns stellen müssen“, so Jacobs. An Beispielen zeigte sie, wie das eine auf das andere folgen kann.

Fake News, also falsche oder verfremdete Nachrichten, verbreiten sich viral und verfestigen sich durch Wiederholung. Sie sollen Angst und Hass schüren – insbesondere gegenüber Ausländern. „Wir müssen die jungen Menschen also darauf vorbereiten, denn es besteht die Gefahr, dass sie dies nicht reflektieren, sondern sich langfristig radikalieren.“ Die Frage sei auch, ob solche Äußerungen im Netz nicht juristisch verfolgt werden müssten. „Manche dieser Einträge erfüllen Straftatbestände, werden aber meist nur mit Geld- oder Bewährungsstrafen geahndet.

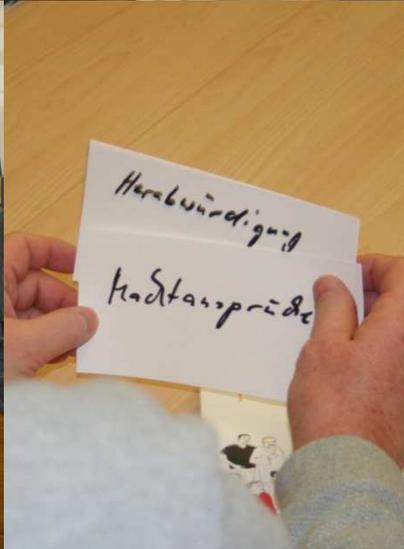


Annika Jacobs
Landeskriminalamt M-V, Projektleiterin "Helden statt Trolle"

So entsteht bei vielen der Eindruck, das Internet sei ein rechtsfreier Raum, der zu groß für eine umfassende Überwachung ist. Die fehlende soziale Kontrolle wirkt enthemmend.“ Motive für Online-Hasstiraden liegen unter anderem im Wunsch nach Einschüchterung und Ausgrenzung bestimmter Gruppen, im Gefühl einer irrationalen Wut und im Streben nach Dominanz und Macht. „Oft projizieren diese Personen ihre eigene Angst oder Hilflosigkeit auf die andere Gruppe und bewältigen diese Gefühle mit Hass“, erklärte die Expertin. Man könne dieses Verhalten nicht an Alter oder Geschlecht, Beruf oder Bildung festmachen. Sie teilen sich in die

sogenannten Trolle und die Glaubenskrieger. Erstere suchen Provokation oder Aufmerksamkeit und nutzen dafür politische Themen wie Flüchtlingsbewegungen, ohne tatsächlich dahinterzustehen. Letztere jedoch glauben fanatisch an das, was sie verkünden, und sind nicht offen für andere Meinungen.

Fast alle jungen Menschen haben bereits Hate Speech im Netz wahrgenommen. Die Polizei registrierte in den vergangenen drei Jahren eine Verdopplung dieser Straftaten im Internet – zuzüglich einer hohen Dunkelziffer. An dieser Stelle setzt das Projekt „Helden statt Trolle“ an. Es macht auf Hass im Netz aufmerksam, der nicht unbeantwortet stehenbleiben und sich verfestigen sollte. Dabei stehen sowohl rechts- als auch linksextreme Äußerungen im Fokus. Seit knapp zwei Jahren versuchen drei Mitarbeiter, die Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen für die Problematik zu sensibilisieren und zu zeigen, wie sie reagieren und langfristig etwas gegen Hass im Netz tun können. „Wir wollen nicht einfach gegenreden, sondern bieten einen Dialog auf Augenhöhe an – direkt an der Stelle, wo der Hasskommentar steht. So erreichen wir auch Mitlesende.“ Noch bis Mitte 2019 finden Schulungen für Multiplikatoren, z. B. Schulsozialarbeiter oder Lehrer, statt. Eine Plattform soll entstehen, auf der die Community zusammen arbeitet.



→ Ein herzliches Dankeschön an die Referentinnen und Referenten des Fachtages für die vielen wertvollen und fachlichen Impulse!

Erste Workshop-Runde

- Rechtsaffine und antidemokratische Äußerungen und Aktionen – wie reagieren?
(Dr. Gudrun Heinrich, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Rostock)
- Distanzierung vom Rechtsextremismus – Handlungsoptionen für jedermann
(JUMP – Ausstiegsarbeit in MV, Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e.V.)
- Argumentieren gegen rechte Aussagen
(Netzwerk für Demokratie und Courage)
- GG20 – Spiel mit den Grundrechten unserer Demokratie
(Evangelische Akademie der Nordkirche mit ihren Regionalzentren für demokratische Kultur)
- Die Betroffenenperspektive und ihre Bedeutung in der Auseinandersetzung mit rechten Einstellungen (Lobby e.V.)

Zweite Workshop-Runde

- Die Identitären – Internetphänomen oder reale Bedrohung?
(Netzwerk für Demokratie und Courage)
- Junge Menschen für die virtuelle Welt starkmachen
(Evangelische Akademie der Nordkirche mit ihren Regionalzentren für demokratische Kultur)
- Warum Hatespeech und Fake News schon früh Bildungsthemen sein müssen
(LKA, Projekt „Helden statt Trolle“)
- Fake News? Fake News!
(Regionalbeauftragter für Medienbildung Greifswald, Olaf Müller)

Wir danken allen Fachakteuren für Ihr Engagement bei der Organisation und Durchführung des Fachtages.

Ansprechpartnerin:

Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Bereich: Planungs- und Qualitätsentwicklung
St.-Georg-Straße 109/ Haus II, 18055 Rostock
Monique Bech
Jugendschutz
Tel. 0381 381-2536, E-Mail: monique.bech@rostock.de

Impressum

Herausgeberin: Hanse- und Universitätsstadt
Rostock, Presse- und Informationsstelle
Redaktion: Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Texte & Fotos: Dörte Rahming
(02/18)



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

